

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 4. vom 12. Mai 2022, 17:15 Uhr, Rathaus, Thun

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsident Martin Allemann Peter Aegerter, Marc Barben, Jonas Baumann-Fuchs, Mathias Berger, Thomas Bieri, Valentin Borter, Adrian Christen, Philipp Deriaz, Franziska Eggenberg, Nicolas Glauser, Sonja Graf, Roman Gugger, Thomas Hiltbold, Alwin Hostettler, Daniela Huber Notter, Reto Kestenholz, Christine Klopfenstein, Alice Kropf, Christoph Lauener, Barbara Lehmann Rickli, Manfred Locher, Michelle Marbach, Marianna Oesch Bartlome, Thomas Rosenberg, Eveline Salzmänn, Reto Schertenleib, Franz Schori, Nina Siegenthaler, Alois Studerus, Markus van Wijk, Daniel Waldspurger, Cloe Weber, Simon Werren, Ronald Wyss, Sarah Zaugg
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Katharina Ali-Oesch und Andrea de Meuron, Gemeinderäte Konrad Hädener und Peter Siegenthaler
Ferner	Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller Urheber Jugendvorsoss P 2/2022 Dominik Jaggi und Ronja Grieder
Sekretariat	Stadtratssekretär Christoph Stalder Protokollantin Nicole Bühler
Entschuldigt	Susanne Gygax, Manon Jaccard, Nicole Krenger
Schluss der Sitzung	19:30 Uhr

Der Stadtratspräsident beginnt die Sitzung mit einer traurigen Mitteilung. Wie alle bereits wissen, ist der Stadtrat Hanspeter Aellig am 5. April 2022 völlig überrascht verstorben. Mit ihm verliert der Stadtrat einen sehr engagierten Menschen und einen guten Kollegen, der sich stark für die Stadt Thun eingesetzt hat. Seine unvergesslichen Reden, die er so vorgetragen hat, dass man ihm gerne zugehört hat, waren oft mit einer Prise Humor gespickt. Der Stadtratspräsident wünscht den Angehörigen viel Kraft in dieser schwierigen Zeit und spricht ihnen im Namen des Stadtrates sein Beileid aus. In Gedenken an Stadtrat Hanspeter Aellig bittet er die Anwesenden, sich für eine Schweigeminute zu erheben.

Nach der Schweigeminute begrüsst der Stadtratspräsident die Anwesenden zur heutigen Sitzung und hält fest, dass Stadträtin Manon Jaccard im Mutterschaftsurlaub ist und gratuliert ihr im Namen des Stadtrates zur Geburt des Sohnes Matteo. Speziell begrüsst er die Initianten des Jugendpostulantes Ronja Krieger und Dominik Jaggi.

Der Stadtratspräsident erklärt die Traktandenliste stillschweigend als genehmigt.

37. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 24. März 2022

Der Rat genehmigt das Protokoll stillschweigend.

38. Budget- und Rechnungskommission

Ersatzwahl für die zurückgetretene Verena Schneiter (EDU)

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Buchstabe b Stadtverfassung, beschliesst:

In die Budget- und Rechnungskommission BRK wird als Mitglied anstelle von Verena Schneiter (EDU) per sofort gewählt: Susanne Gygax (EVP).

39. Wahlkommission

Wahl von Urs Andreas Hänni anstelle zurückgetretenen Alfred Bieri

Bericht des Gemeinderates 8/2022

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Buchstabe c Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 30. März 2022, beschliesst:

1. Von der Demission von Alfred Bieri per 31. März 2022 wird Kenntnis genommen. Die in diesem Amt geleisteten Dienste werden bestens verdankt.
2. Als Ersatz für Alfred Bieri wird Urs Andreas Hänni, geb. 1962, von Niedermuhlern BE, Lüftungszeichner, wohnhaft Dohlenweg 28, 3604 Thun, als Mitglied in die Wahlkommission gewählt, und zwar ab sofort und für den Rest der laufenden, am 31. Dezember 2022 endenden Amtsdauer.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

Der Stadtratspräsident dankt Alfred Bieri im Namen des Stadtrates für die geleistete Arbeit.

40. Schulkommission

Wahl von Mathias Berger (SVP) anstelle des zurücktretenden Markus van Wijk (FDP)

Bericht des Gemeinderates 11/2022

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Buchstabe c Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 27. April 2022, beschliesst:

1. Von der Demission von Markus van Wijk per Ende Juli 2022 wird Kenntnis genommen. Die in diesem Amt geleisteten Dienste werden bestens verdankt.
2. Als Ersatz für Markus van Wijk wird Mathias Berger, geb. 1963, von Zürich/Sennwald, lic. jur., Rechtsanwalt, wohnhaft Blumenweg 1, 3604 Thun, als Mitglied in die Schulkommission gewählt, und zwar ab 1. August 2022 und für den Rest der laufenden, am 31. Dezember 2022 endenden Amtsdauer.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.
4. Die Wahl des Präsidiums gemäss Artikel 20 Bildungsreglement erfolgt spätestens an der Stadtratssitzung vom 7. Juli 2022 gestützt auf Anträge aus den Fraktionen.

Der Stadtratspräsident dankt Markus van Wijk bereits heute im Namen des Stadtrates für die geleistete Arbeit.

41. ZPP Bubenbergstrasse - von May-Strasse

Zonenplanänderung eines Teils der Überbauungsordnung x in die neue Zone mit Planungspflicht (ZPP) Bubenbergstrasse - von May-Strasse

Bericht des Gemeinderates 6/2022

Der Stadtpräsident erklärt, dass das Geschäft, nach der erstmaligen Traktandierung bis heute seriös vorberaten werden konnte. Einleitend möchte er zu den Stichworten grundsätzliches Vorgehen, Energie, Mobilität und gemeinnütziges bzw. preisgünstiges Wohnungsangebot Ausführungen machen. Zum grundsätzlichen Vorgehen führt er aus, dass wichtig ist, solche Areale mit der Grundeigentümerschaft partnerschaftlich zu entwickeln. Am Anfang steht eine Planungsvereinbarung, in welche strategische Grundlagen gehören. Bei diesem Geschäft wurden beispielsweise das Stadtentwicklungskonzept 2035, die Wohnstrategie 2030 sowie das Gesamtverkehrskonzept der Stadt Thun berücksichtigt, welche die strategischen Grundlagen festlegen. Einer der letzten Schritte im Planungsprozess ist, dass sich der Stadtrat mit dem Geschäft befasst. Zum Stichwort Energie weist er auf die diesbezüglich offene Formulierung im Bericht und führt den Anwesenden vor Augen, wieso dieser Weg einschlagen werden soll. Der Bereich Energie ist sehr dynamisch. Die Sichtweisen auf die energetischen Fragen verändern sich sehr schnell. Daher ist es wichtig, die Energiefrage heute noch nicht zu genau zu regeln. Er möchte jedoch die Ambitionen des Gemeinderates nicht in Frage stellen und weist darauf hin, dass sich die Grundeigentümerschaft verpflichtet hat, auch Solarenergie zu nutzen. Er unterstreicht die Ambitionen der Grundeigentümerschaft, die für eine andere Arealentwicklung das SNBS-Zertifikat Platin erreicht hat. Gleichzeitig gilt es im aktuellen Planungsstand eine gewisse Offenheit zu berücksichtigen. Er ist überzeugt, dass das Projekt bezüglich Energie auf einem guten Weg ist. Bei der Mobilität konzentriert sich die politische Diskussion häufig auf die Anzahl Parkplätze pro Wohnung. Vorliegend gibt es mindestens 0.85 Parkplätze pro Wohnung. Er betont, dass für das Mobilitätsaufkommen nicht nur die Anzahl Parkplätze pro Wohnung massgebend ist, sondern auch, wie die ganze Mobilität organisiert ist. Aus diesem Grund ist wichtig, dass das Betriebskonzept Mobilität gefordert ist und er ist der Meinung, vorliegend eine gute Lösung gefunden zu haben. Parkplätze

kosten, vor allem wenn sie unterirdisch geschaffen werden. Daher wird sich die Bauherrschaft gut überlegen, wie viele Parkplätze sie tatsächlich bauen möchten. Zum gemeinnützigen Wohnungsbau verweist er auf die aktuell gültige Strategie des Gemeinderates, welche in der Wohnstrategie niedergelegt ist. Die Frage, wie viel gemeinnütziger bzw. preisgünstiger Wohnungsbau geschaffen wird, wird pragmatisch und nicht schematisch festgelegt. Er erinnert an die lange Diskussion über dieses Thema im Zusammenhang mit dem Geschäft Freistatt, wo es um einen Mindestanteil von 45% ging. Heute ist die Stadt Thun bei einem Mindestanteil von 66%. Er möchte präventiv festhalten, dass dem Gemeinderat diesbezüglich der Wille, etwas zu machen, nicht fehlt. Im Übrigen sollen vorliegend nicht teure Wohnungen im obersten Preissegment entstehen, was auch aus den Unterlagen entnommen werden kann und es geht nicht darum, die Rendite zu maximieren. Sie haben die Previs Vorsorge als verlässliche Partnerin kennengelernt. Im Hinblick auf den ökonomischen Zusammenhang betont er, dass es in der Stadt Thun eine der tiefsten Leer-Wohnungs-Quoten von der ganzen Schweiz gibt und es ausgewiesen ist, dass es einen Bedarf an zusätzlichem Wohnraum gibt. Daher sind solche Entwicklungen, die den Boden stärker ausnützen, erwünscht. Darum gilt zu verhindern, dass die Bauherrschaft die bestehenden Wohnungen lediglich sanieren möchte. So gäbe es keinen zusätzlichen Wohnraum. Der Gemeinderat glaubt an das Projekt und daran, den richtigen Partner für die Realisierung zu haben. Aus diesem Grund schlägt er vor, dem Antrag des Gemeinderates zu folgen.

Jonas Baumann-Fuchs, **SAKO P+StE**, gibt die Haltung der SAKO wieder. An der SAKO war die verantwortliche Person der Previs Vorsorge anwesend und hat über die Ziele und Absichten orientiert. Ein vergleichbares Verfahren mit einem Unterschied wurde bereits an der Bernstrasse durchgeführt. Dort lag allerdings der Projektwettbewerb bereits vor, als das Geschäft vom Stadtrat beurteilt wurde. Über die Bereiche Energie und Mobilität wurde in der SAKO nicht viel geredet. Über die Nachhaltigkeitsverpflichtung hat sich die Previs Vorsorge auch an der Sitzung nochmals positiv geäußert. Die städtebauliche Qualität wird durch die Weiterführung des Studienauftrages nach SIA umgesetzt und gesichert. Die Sanierung ist verworfen worden, weil mit einem Neubau mehr realisiert werden kann. Weil der Boden das Teuerste ist, kann mit einem Neubau, der auf gleichem Raum mehr Wohnungen bringt, verhindert werden, dass die einzelnen Wohnungen teurer werden. Viel diskutiert wurde über die Frage nach günstigem Wohnraum. Geplant sind nicht überteuerte Wohnungen, sondern ein breites Angebot an 1- bis 5-Zimmer-Wohnungen. Aus der Diskussion resultierten in der SAKO zwei Argumentationsstränge. Eine Seite vertritt die Meinung, dass durch die Aufstockung von 72 auf 100 bis 120 Wohnungen aktuell günstiger Wohnraum aufgelöst wird. Hier könnte die Previs Vorsorge in die Pflicht genommen werden, einen gewissen Prozentanteil an günstigem Wohnraum zur Verfügung stellen zu müssen. Die andere Seite vertritt die Haltung, dass der günstige Wohnraum vom Gemeinderat gar nie thematisiert wurde und jetzt nicht plötzlich verlangt werden kann, weil die Stadt Thun ein verlässlicher Partner bleiben soll. Diese Forderung kann zudem nicht überall gestellt werden, weil sie nicht überall sinnvoll ist. Die Pensionskasse muss Vorsorgevermögen sichern und die Stadt Thun hat das Anliegen von günstigem Wohnbau bereits an anderen Orten berücksichtigt. Daraus hat sich die Abstimmung gegeben, dass fünf Mitglieder dafür und ein Mitglied dagegen ist, bei zwei Abwesenheiten.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion glp/EVP/EDU**, findet, dass gute Vorarbeit geleistet wurde, auch wenn die Beurteilung eines konkreten Projekts einfacher wäre. Die Absicht der Nachhaltigkeit ist gegeben und aus den Aussagen und Unterlagen ersichtlich. Umstritten ist vor allem die Frage, wie teuer diese neuen Wohnungen werden sollen, was aber im heutigen Stadium schwierig abzuschätzen ist. Möchte die Stadt Thun in diesem Bereich Vorgaben machen, ist die Fraktion der Meinung, dass die Stadt Thun im Gegenzug auf einen Teil der Mehrwertabschöpfung verzichten muss. Die Fraktion findet, dass der Gemeinderat bei diesem Projekt Hand geboten hat, verschiedene Forderungen aufgenommen hat und auch durch andere Projekte bereits bewiesen hat, dass er weiss, dass in Thun der günstige Wohnungsbau fehlt und dass die Quote der Leerwohnungen grotesk ist und daher die Wohnungen zu verdichten sind. Für die Fraktion ist es wichtig, am richtigen Ort die richtigen Forderungen zu stellen. Hier ist aber nicht der richtige Ort, diese Forderung nach günstigem Wohnungsbau zu stellen, weil sonst die Glaubwürdigkeit der Stadt Thun und Verlässlichkeit als Partnerin verloren gehen würde. Wichtig ist, diese Forderung dort zu stellen, wo sie

sinnvoll und wichtig ist. Bezüglich Wohnbaugenossenschaften ist die Stadt Thun auf Kurs. Aus diesem Grund wird die Fraktion dem Geschäft zustimmen.

Nina Siegenthaler, **SP-Fraktion**, hält fest, dass gemäss den Unterlagen in der geplanten Siedlung keine Luxuswohnungen entstehen sollen. Geplant sei ein breites Wohnungsangebot, um eine Vielzahl von Mieterinnen und Mieter anzusprechen und erschwinglichem Wohnraum Patz einzuräumen. Diese schriftliche Bekundung würdigt die Fraktion, dennoch ist es zu wage, diesen Worten alleine zu glauben. Das Schreiben enthält lediglich unverbindliche Absichtserklärungen. Die SP-Fraktion setzt sich für preisgünstigen Wohnraum ein und bekennt sich dazu, den Anteil solcher Wohnungen auf 30% festzusetzen. Leider wurde die Forderung der Fraktion nach verbindlich geregelter und publikumsorientierter Erdgeschossnutzung nicht berücksichtigt. Bei einem Projekt in dieser Grössenordnung besteht die Chance, sich zur oft propagierten Durchmischung der Bevölkerung zu bekennen und dabei nicht nur mittlere und höhere Einkommen zu berücksichtigen, sondern sich auch realistisch an tiefen Einkommen zu orientieren. Allein der Verzicht auf Luxuswohnungen ist keine Garantie, dass auch Mieterinnen und Mieter mit tiefem Einkommen willkommen sind und 1- bis 5-Zimmerwohnungen ist kein Synonym für erschwinglichen Wohnraum. Die Fraktion würdigt bezüglich der Nachhaltigkeit die Anwendung der SNBS-Norm. Angesichts des Klimanotstandes ist eine verbindliche Garantie zum Gold- oder Platin-Standard unabdingbar. Auch diese Garantie fehlt. Eine Politik, die an der ZPP-Bestimmung festhält, die auf Rendite ausgerichtet ist, die primär Investorinnen und Investoren zugutekommen und nicht der Bevölkerung, kann die Fraktion nicht unterstützen. Die SP-Fraktion setzt sich für eine ökologische und soziale Stadt für alle ein und wird deswegen die Vorlage ablehnen.

Thomas Rosenberg, **Fraktion Grüne/JG**, erklärt, dass die ZPP-Bestimmungen in der Fraktion keine Begeisterung aber auch keine fundamentale Opposition auslösen. Die Tatsache, dass es mehr Wohnungen geben wird als vorher, gefällt der Fraktion, insbesondere hinsichtlich der Verdichtung, der Wohnungsnot und den Auswirkungen auf die Preise. Dass ein Ersatzneubau notwendig ist, wurde überzeugend dargelegt. Bei neuen Gebäuden macht die Erstellung 80% des Energiebedarfs über die ganze Lebensdauer aus. Trotzdem gibt es keine Bestimmungen zur Bauweise, sondern nur freiwillige Standards wie die SNBS. Regeln im Energiegesetz gibt es lediglich hinsichtlich dem 20%-Energieverbrauch im Betrieb. Hier müsste die Stadt proaktiv werden und in den Wettbewerben nachhaltige Bauweisen bevorzugen. Energie lässt sich einsparen, wenn das Untergeschoss auf ein Minimum reduziert wird und möglichst mit Holz anstelle von Beton gebaut wird. Sie danken der Previs Vorsorge für die Stellungnahme und wünscht, dass eine ambitionierte SNBS-Anwendung auch in Thun eine Platin-Zertifizierung bedeutet. Die Referenzen der Previs Vorsorge macht die Fraktion diesbezüglich zuversichtlich. Wichtig ist auch das Bekenntnis zur Eigenstromproduktion mittels Fotovoltaik. Sie erwarten nicht nur eine kleine Anlage auf dem Dach, sondern eine positive Jahresbilanz. Bei Neubauten ist es problemlos möglich mehr Strom zu produzieren als sie selber verbrauchen. Die Previs Vorsorge bekennt sich zu einem breiten Wohnungsangebot, insbesondere hinsichtlich der Preise. Die Mietpreise sind auch beim SNBS ein wichtiger Indikator. Für eine gute Note braucht es einen gewissen Anteil an günstigen Wohnungen. Die Fraktion hätte sich ein klareres Bekenntnis mit einer quantenobjektiven Verpflichtung gewünscht. Aus den genannten Gründen wird sich die Fraktion mehrheitlich enthalten.

Alois Studerus, **Die Mitte-Fraktion**, sagt, um mehr Wohnungen zu haben, müssen mehr Wohnungen gebaut werden und die, die Wohnungen bauen wollen, sollten nicht daran gehindert werden. Der gemeinnützige Wohnungsraum spielt eine wichtige Rolle für die Wohnungsversorgung der Bevölkerung. Die gemeinnützigen Bauaufträge der Wohnbaugenossenschaften, Stiftungen und Vereinen orientieren sich an der Kostenmiete, die wirtschaftlich kein Gewinn abwirft. Solche Wohnungen sind langfristig preisgünstig. Im Stadtrat wurden bereits verschiedene Entscheide mitgetragen, die dies fördern. Erschwinglicher Wohnungsbau ist wahrscheinlich für alle etwas anderes. In dieser Diskussion werden aber falsche Zeichen gegenüber denjenigen gesetzt, die auf privatem Grund bauen möchten. Es geht darum, diese Entwicklung zuzulassen. Ansonsten heisst es, dass in Thun nicht mehr gebaut werden kann, ohne gemeinnützigen Wohnungsbau zu planen. Im Schreiben hat die Previs Vorsorge aufgezeigt, dass sie energiepolitisch auf

dem richtigen Weg ist. Es gibt keine Luxuswohnungen und der Ausbaustandard ist ein Teil vom Preis. Die Fraktion ist mit der Vorlage einverstanden. Er korrigiert die Aussage des Stadtpräsidenten dahingehend, dass es nicht mindestens 0.85 Parkplätze pro Wohnung sind, sondern maximal.

Christoph Lauener, **SVP-Fraktion**, betont, dass das Projekt immer noch in der Planungsphase steht und bereits jetzt über kleine Details diskutiert wird. Seit 2018 läuft der Planungsauftrag mit der Previs Vorsorge und basiert auf soliden Dokumenten der Stadt Thun. Gemäss dem Gemeinderat ist die Previs Vorsorge ein guter Partner, welcher sich in den vier Jahren bewährt hat. Momentan ist Situation so, dass es in der Stadt Thun eine Wohnungsknappeheit gibt. Das Problem liegt darin, dass grundsätzlich zu wenig Wohnungen vorhanden sind. An der Bubenbergrasse gibt es momentan 70 Wohnungen und geplant ist, auf ca. 120 Wohnungen zu erhöhen. Der Investor will sogar mehr machen als er muss. Hinsichtlich der Gemeinnützigkeit darf die Rendite nicht höher als ein Prozent sein. Die Pensionskasse wird aber eventuell ein Problem haben, wenn sie bei einem Prozent bleiben muss. Preisgünstig bedeutet «Standard» und dies wiederum heisst, schnell und billig, was grundsätzlich zu höheren Kosten in der Zukunft führt. Sanieren bedeutet, dass die Wohnungen teurer werden. Ein Neubau ist besser, weil dadurch preisgünstige Wohnungen entstehen können. Werden dem Investor zu viele Forderungen auferlegt, besteht die Gefahr, dass er keinen Neubau, sondern lediglich eine Sanierung macht, was steuertechnisch für ihn interessanter wäre. Als Konsequenz daraus würde die Anzahl Wohnungen gleichbleiben und die bestehenden Wohnungen würden teurer werden. Als wichtiger Punkt gilt es auch die Steuereinnahmen des Investors zu berücksichtigen. Sanierungen führen zu mehr Aufwand und weniger Gewinn, woraus weniger Steuereinnahmen für die Stadt Thun resultieren. Weniger Wohnungen bedeutet auch weniger Steuerzahler in Thun. Daher ist es wichtig den Investor machen zu lassen. Wird ein Neubau verhindert, muss die Stadt Thun auch die Konsequenzen, dass alles teurer wird, tragen. Es gilt, die Previs Vorsorge den nächsten Schritt machen zu lassen. Die Fraktion unterstützt die Vorlage.

Markus van Wijk (FDP) dankt dem Stadtratspräsidenten zuerst für die mitfühlenden Worte im Zusammenhang mit dem Tod seines Ratskollegen Hanspeter Aellig. Zum aktuellen Geschäft dankt er dem Gemeinderat für den überaus fundierten Bericht. Grundsätzlich stellt sich die Frage, wer Zeit hat, 156 Seiten Planungsdetails inkl. Wiederholungen zu lesen und er erwartet für die Zukunft gestraffte Unterlagen, damit im Ratsbetrieb speditiv gearbeitet werden kann. Die FDP findet den gewählten Prozess als sinnvoll und ist überzeugt, dass das Resultat des Gutachtensverfahrens stimmig ist. Er unterstreicht, dass einmal genehmigte strategische Dokumente nicht bei jedem Sachgeschäft verwässert werden dürfen. Bilden das STEK 2035 oder die Wohnstrategie 2030 entsprechende Grundlagen für eine gesamtheitliche Betrachtungsweise, finden sie es abstrus, wenn plötzlich Forderungen zu gemeinnützigem Wohnungsbau auftauchen, die diesen Dokumenten nicht entsprechen. Zudem wird an anderen Standorten gemeinnütziges Wohnungsangebot, welches die FDP durchaus befürwortet, umgesetzt. Es gilt sich auf das Wesentliche zu konzentrieren. Ausserdem finden sie es sonderbar, dass gerade für eine Vorsorgestiftung mit 38'000 Mitgliedern nicht optimale Bedingungen geschaffen werden sollen. Das Fazit ist schlüssig und konsequent und die FDP wird der Zonenplanänderung integral zustimmen.

Der Stadtpräsident berichtigt seine Aussage, dass er maximal 0.85 Parkplätze gemeint hat und nicht minimal. Zur Ansicht, dass die Absichtserklärung zu wenig verbindlich sei, hält er fest, dass eine solche Verbindlichkeit auch kontraproduktiv sein kann, weil sie auch Innovation verhindern könnte. Ausserdem haben sie mit der Previs Vorsorge eine verlässliche Partnerin, bei der sie nicht alles überprüfen müssen und die gezeigt hat, dass sie sehr innovative Konzepte verwirklichen will. Bisher gibt es keinen Grund, der Previs Vorsorge und ihren geplanten Vorhaben nicht zu vertrauen. Der Gemeinderat wird aber weiter an diesen wichtigen Themen arbeiten. Des Weiteren setzt sich der Gemeinderat für preisgünstigen Wohnraum ein und ist gegen die Entwicklungen, die den Investoren hohe Renditen ermöglichen. Hier geht es aber um eine andere Situation, weil der Investor eine Pensionskasse ist, welche mit den Renditen die Rente der Pensionierten finanziert. Hier gibt es somit einen Zielkonflikt. Wichtig ist, dass die Previs Vorsorge eine angemessene aber keine maximale Rendite erwirtschaften kann. In unserem System ist das notwendig. Ausserdem betont er erneut, dass die Stadt Thun eine der tiefsten Leer-Wohnungsziffern der

Schweiz hat. Es gibt zu wenig Wohnungen in Thun. Daraus lässt sich aber nicht ohne Weiteres ableiten, dass die Wohnungen aus diesem Grund zu teuer sind. Aktuell sind die Marktmieten auf dem Niveau von 2008 und haben seit 2014 um sieben Prozent nachgegeben. Der Zusammenhang zwischen zu wenig und zu teuren Wohnungen ist nicht zwingend. Der Gemeinderat wird diese Aussage aber noch vertieft überprüfen. Er hält fest, dass es eine zu tiefe Neubautätigkeit gibt. Sie versuchen im Planungsamt die Grundlagen zu schaffen, um diesen Stau zu beheben. Die Liquidität des Wohnungsmarktes ist wichtig, daher gilt es die Zusammenarbeit mit der Partnerin, die keine Luxuswohnungen schaffen will, weiterzuführen. Er bittet um Zustimmung zum Antrag.

Der Rat genehmigt mit 22 zu 8 Stimmen, bei 6 Enthaltungen folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 38 Buchstabe b Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 11. März 2022, beschliesst:

1. Verabschiedung der Zonenplanänderung ZPP Bubenbergstrasse - von May-Strasse, beinhaltend
 - Änderung Zonenplan I: Teil Thun 2002
 - Änderung Baureglement 2002, Anhang 3: neue Zonenvorschriften ZPP AN «Bubenbergstrasse – Von May-Strasse»
 - Änderung Überbauungsordnung x Bohnstaudenzelg (Plan)
 - Änderung Teilzonenplan Bohnstaudenzelg (Plan und Vorschriften)
 - Erläuterungsbericht
 zu Händen der Genehmigung durch das Amt für Gemeinden und Raumordnung.
2. Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

42. Sanierung Kreuzung General-Wille-Strasse - Mittlere Strasse

Bewilligung eines Nachkredites in der Höhe von 45'465 Franken zum Verpflichtungskredit vom 4. April 2017 für das Infrastrukturprojekt

Bericht des Gemeinderates 9/2022

Gemeinderat Konrad Hädener weiss, dass Nachkredite keine erfreulichen Geschäfte sind. Der Sachverhalt ist vorliegend aber schwierig und aus dem Bericht gehen Begründungen, die nachhaltig und stichhaltig sind, hervor. Die Begründung mit dem Verweis auf die erfolgreiche Einsprache sollte keine Schuldzuweisung sein, hatte aber, rein faktisch betrachtet, Konsequenzen und Kosten zur Folge. Der Gemeinderat hat zudem versucht, eine Ordnungshilfe zu liefern, um den Nachkredit einordnen zu können. Er hat alle Projekte, die das Tiefbauamt seit 2008 abgewickelt hat, mit einer Investitionssumme von über 36 Millionen Franken und einer Abweichung von total minus vier Prozent, aufgelistet. Das heisst aber, dass im Einzelfall diese Abweichung prozentual deutlich grösser sein kann. Er hofft, der Stadtrat hatte Gelegenheit, die Liste anzuschauen und das vorliegende Geschäft einzuordnen. Auch weil sie bei der Verabschiedung der Jahresrechnung wieder über die Erfüllungsgrade diskutieren werden und feststellen, dass die Erfüllungsgrade ungenügend und tief sind. Er möchte darauf hinweisen, dass diese Erfüllungsgrade auch hinsichtlich der Natur von Investitionsprojekten angesehen werden können und nicht nur gestützt auf die Projektion der Erfolgsrechnung.

Reto Schertenleib, **SAKO B+L**, fasst zusammen, wieso aus diesem Geschäft, das ursprünglich in der alleinigen Kompetenz des Gemeinderates gelegen ist, ein Stadtratsgeschäft geworden ist. Wie oft in solchen Bauprojekten handelt es sich hier um einen sogenannten gemischten Kredit, weil er aus einem Anteil baulichen Unterhalt zur Sanierung des bereits Bestehenden und einem Anteil für Neuinvestitionen für den Teil der neu dazugekommen ist, besteht. In vorliegendem Fall geht es um eine zusätzliche Verkehrsfläche

von 14 Prozent. Anhand dieses Prozentsatzes wurden die Kosten auch aufgeteilt und weil der Investitionsanteil damals unter 200'000 Franken war, lag er in Gemeinderatskompetenz. Aus nachvollziehbaren Gründen ist alles etwas teurer geworden. Auch die Investitionskosten wurden prozentual erhöht und somit fiel der Kredit in die Kompetenz des Stadtrates. Einstimmig bei einer Absenz empfiehlt die SAKO den Nachkredit zu genehmigen.

Reto Schertenleib, **SVP-Fraktion**, hält fest, dass Nachkredite nie schön sind. Aber auch die beste Kostenkalkulation schliesst das Risiko von Unvorhergesehenem nicht aus. Gerade beim Bauen bedeutet Unvorhergesehenes auch Verzögerungen und Anpassungen von Projekten. Dieser Mehraufwand kostet. Die Gründe für den Nachkredit wurden transparent und nachvollziehbar dargelegt. Äusserst erfreut war die Fraktion über die beigelegte Kreditkontrolle über alle Projekte des Tiefbauamtes in den letzten Jahren. Diese Liste beweist, dass sehr seriös gearbeitet wird. Eine Abweichung von minus vier Prozent auf eine Gesamtkreditsumme von 37.6 Millionen Franken ist hervorragend. Dafür spricht er im Namen der Fraktion den beteiligten Personen des Tiefbauamtes und der Direktion Bau und Liegenschaften seine Anerkennung aus. Die Fraktion stimmt dem Nachkredit einstimmig zu.

Sarah Zaugg, **Fraktion Grüne/JG**, sagt, dass die Unterlagen zu diesem Geschäft relativ übersichtlich sind. Wegen den entstandenen Mehrkosten liegt der entstandene Investitionsanteil gesamthaft in der Kompetenz des Stadtrates. In der Fraktion sind einige Fragen aufgetaucht. Sie fragen sich, wieso der Kreisel im Jahr 2017 prioritär behandelt wurde und nicht Teil war vom gesamthaften Betriebskonzepts für die Burgerstrasse und General-Wille-Strasse, wofür im Jahr 2020 und 2021 Verpflichtungskredite beschlossen wurden. Vielleicht wäre von Anfang an klar gewesen, dass es eine ÜO braucht und es hätte eine bessere Gesamtbetrachtung gegeben. Dennoch ist die Stadt Thun sehr privilegiert und kann solche Bauvorhaben umzusetzen, ohne dass die Kosten zulasten von anderen wichtigen Vorhaben gehen. Aus der aktuell ungewissen Gegenwart ist es schwierig in die Zukunft zu blicken und auf dem Bau wird die Situation nicht einfacher. Deshalb wünscht sie allen Beteiligten viel Weitsicht und Geduld. Die Fraktion stimmt dem Geschäft zu.

Simon Werren, **Die Mitte-Fraktion**, hält fest, dass mit dem Bau des Kreisels die Situation für alle Verkehrsteilnehmer massiv verbessert werden konnte. Einige unvorhergesehene Kosten führten zu diesem Nachkredit. Schlussendlich sind diese Kosten aber nachvollziehbar und können auch bei anderen Projekten nicht ausgeschlossen werden. Sie gehen davon aus, dass alle Möglichkeiten ergriffen wurden, um die Mehrkosten zu verhindern. Dennoch sind sie sich bewusst, dass bei solchen Projekten Nachkredite entstehen können. Wird die momentane Ausgangslage betrachtet, fällt auf, dass die Preise momentan nur ansteigen. Er dankt dem Gemeinderat auch für die Tabelle mit der Verpflichtungskredit-Kontrolle über die Investitionen, die das Tiefbauamt betreffen. Mit dieser Liste konnten sie sich ein gutes Bild über die Gesamtsituation machen. Die Fraktion wird dem Nachkredit einstimmig zustimmen.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, erklärt, dass die Fraktion dem Nachkredit zustimmt. Des Weiteren hält er fest, dass ihm der Velo-Bypass des Kreisels gefällt. Der Velo-Bypass zeigt, dass mit wenigen einfachen und relativ günstigen Massnahmen der Veloverkehr gefördert werden kann. In der SAKO wurde gut, transparent und kompetent Auskunft erteilt, wieso es zu diesen Mehrkosten gekommen ist. Auch positiv findet er die Verpflichtungskredit-Kontrolle der letzten Investitionen des Tiefbauamtes. Es ist spannend und beruhigend zu sehen, wie kompetent und kostentreu gearbeitet wird. Minus vier Prozent über all die Jahre ist ein gutes Resultat. Mehr Sorgen bereitet die Tabelle der Teuerungen. Sie hoffen, dass in Zukunft die Mehr- und Minderkosten weiterhin im selben Rahmen ausgeglichen werden können.

Markus van Wijk (FDP) findet es etwas müssig über einen Nachkredit in dieser Höhe abstimmen zu müssen, insbesondere weil bereits über den Verpflichtungskredit im 2017 entschieden wurde. Trotzdem hat die FDP das Gefühl, dass es bei diesem Geschäft eine deutliche Abweichung von 26% gibt und sie fragen sich, ob in Zukunft eine bessere und zuverlässigere Berechnung stattfinden kann. Betrachtet man die Verpflichtungskredit-Kontrolle genauer, fällt auf, dass es ab und zu beträchtliche Ausreisser gibt. Im

vorliegenden Fall kann die FDP die genannten Gründe durchaus nachvollziehen und wird dem Nachkredit zustimmen.

Franziska Eggenberg, **Fraktion glp/EVP/EDU**, findet solche Nachkredite grundsätzlich unerfreulich aber die Fraktion versteht wie dieser Nachkredit entstehen konnte. Die Fraktion wird den Antrag annehmen.

Gemeinderat Konrad Hädener dankt für die gute Aufnahme des unerfreulichen Geschäftes. Zur Frage von Stadträtin Sarah Zaugg, wieso das Geschäft bereits im 2017 gestartet wurde, verweist er auf die Inbetriebnahme des Bypasses Thun Nord, der absehbar deutlich mehr Verkehr auf die General-Wille-Strasse gebracht hat und dadurch der Anwohnerschaft aus dem Westquartier die Möglichkeit, aus dem Quartier herausfahren zu können, ermöglicht werden musste. Ausserdem versteht er die Erwartung von Stadtrat Markus van Wijk, muss sie aber etwas dämpfen, weil der Baustoffeherwerb und die Baustoffverteuerung das Planen und Kalkulieren schwierig machen. Für die Zukunft warnt er vor weiteren solchen Nachkrediten, weil es zum Teil unkalkulierbar ist und es bei einzelnen Baustoffen momentan eine Teuerung von über 100 Prozent gibt.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 68 Absatz 1 Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 6. April 2022, beschliesst:

1. Bewilligung eines Nachkredites von 45'465 Franken zu Lasten der Investitionsrechnung als Infrastrukturprojekt, Verpflichtungskredit-Nr. 2512.5010.044 (Bilanzkonto Nr. 14032.01.01), für den Neubau Kreisel General-Wille Strasse/Mittlere Strasse.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

43. Dringliches Postulat P 6/2022 betreffend Prüfung der allgemeinen Versorgungssicherheit in der Stadt Thun

Fraktion SVP vom 24. März 2022; dringliche Beantwortung

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, hält fest, dass der Gemeinderat das Postulat nach Ansicht der Fraktion nur teilweise zufriedenstellend beantwortet hat. Daher stellt er den Antrag, das Postulat bei einer allfälligen Annahme nicht abzuschreiben. Die Antworten zu einzelnen Fragen waren zwar zum Teil gut recherchiert. In der Einleitung des Stadtratberichts steht, dass das Thema mit der Diskussion der Stromverknappung und um den Angriffskrieg in der Ukraine nochmals an Bedeutung gewonnen hat. Allerdings haben sie den Eindruck, dass sich der Gemeinderat dieser Bedeutung bei den Fragen der Abhängigkeit von Treibstoff, Gas, Öl und Strom nicht mehr ganz bewusst ist. Es fehlt beispielsweise das Szenario, wie bei einer Stromknappheit vorzugehen ist. Der Verweis auf die klimapolitische Zielsetzung des Gemeinderates, die bis Ende Jahr in Aussicht gestellt ist, reicht nicht. Für ihn sind das schwammige und nicht greifbare Aussagen. Es erstaunt, dass erst im Frühling 2023 ein Überblick von den Zuständen der privaten und öffentlichen Schutzräume zur Verfügung stehen soll. Seines Erachtens wäre dies ein Dauerauftrag von den zuständigen Behörden. Das Gleiche gilt für den Zuweisungsplan. Dort wo heute diesbezüglich bereits Unsicherheit herrscht, beruhigen solche Aussagen überhaupt nicht. Auch nicht beantwortet wird die Frage der Finanzierung von notwendigen Massnahmen und Mittel für ausserordentliche Ereignisse in der Stadt Thun. Daher erachtet die Fraktion den Prüfauftrag als nicht bzw. noch nicht erfüllt. Mehr Aktivität hat der Gemeinderat bezüglich der Nahrungsmittelverteilung und Güter des täglichen Bedarfs entwickelt. Zusammen mit dem kantonalen Betriebskontinuitätsplan wurde mit anderen umliegenden Gemeinden versucht, die Existenz des Staates sicherzustellen. Dazu gehört auch, dass die unmittelbar notwendigen und vitalen Leistungen der Verwaltung erbracht werden können. Dies gilt es positiv zu würdigen. Persönlich ist er guten Mutes, dass das so aufgestellte RFO in der Lage ist, seine Tätigkeiten in Krisensituationen zu

erbringen und sicherzustellen. Dies haben sie leider bereits beweisen müssen. Die Fraktion wird das Postulat einstimmig annehmen aber nicht abschreiben.

Alice Kropf, **SP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die informative und ausführliche Antwort auf das Postulat, welches wichtige Fragen aufgeworfen hat. Die Fraktion findet die Antworten entgegen der Auffassung des Vorredners befriedigend. Wie das letzte Hochwasser und die Pandemie gezeigt haben, sind die zuständigen Stellen lokal und regional einsatzbereit und fähig, solche unvorhergesehenen Ereignisse zu bewältigen. Wie aus der Antwort ersichtlich ist, wird die Kooperation und Koordination auf allen Ebenen gesucht und gelebt, was der Fraktion wichtig erscheint. Zur Energieversorgung betont sie, dass der angezettelte Krieg von Russland zeigt, wie hochproblematisch die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern ist. Ein wichtiges Instrument um die Abhängigkeit zu verringern oder zu beenden, ist der Förderfonds für Energieeffizienz, der aber momentan durch Beschwerden von Wirtschaftsverbänden blockiert ist. Vielleicht wäre es clever, wenn die Postulanten und Postulantinnen die Thuner Wirtschaftsverbänden von der Wichtigkeit des Förderfonds überzeugen könnten. Die Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderates auf Annahme und Abschreibung zu.

Ronald Wyss, **Die Mitte-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung des dringlichen Postulats. Das Postulat greift Themen auf, die in dieser Zeit beschäftigen. Eine Zeit, in der es in Europa Krieg gibt und in der die Personen Aufwind bekommen, die glauben mit Waffenlieferungen einen bewaffneten Konflikt lösen zu können und die Neutralität der Schweiz nur gelte, wenn es gerade passt. Es herrscht eine Zeit, in der nichts mehr sicher scheint und jeder sich Gedanken macht über Sachen, die bis anhin als selbstverständlich angenommen wurden – eine gefährliche Zeit. Im vorliegenden Vorstoss wird die Frage gestellt, wie beispielsweise die Nahrungsmittelverteilung, die Energieversorgung oder der Umgang mit Flüchtlingen in der Stadt Thun geregelt ist, wenn eine ausserordentliche Lage eintreffen würde. Die Ausführungen des Gemeinderates sind diesbezüglich schlüssig und der Prüfauftrag somit erfüllt. Die Fraktion stimmt daher einstimmig für die Annahme und Abschreibung dieses Postulates.

Manfred Locher, **Fraktion glp/EVP/EDU**, dankt der SVP für den Vorstoss und dem Gemeinderat für die ausführliche Antwort. Er konnte viel lernen und als Bürger hat er beruhigt gemerkt, dass sich die Behörden auf überraschende Ereignisse vorbereiten. Die Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderates.

Cloe Weber, **Fraktion Grüne/JG**, gibt die Haltung der Fraktion wieder. Aufgrund der aktuellen Situation und dem turbulenten Jahr ist es eine logische Folge, sich die Frage zu stellen, wie die Versorgungssicherheit in unserem Land bzw. in der Stadt Thun aussieht. Aus Sicht der Fraktion zeigt der Gemeinderat in seiner Antwort gut auf, dass die Behörden in der Stadt Thun in den verschiedenen Bereichen gut vorbereitet oder mindestens auf einem guten Weg sind. Es ist wichtig, dass heute in nachhaltige Systeme und Bauten investiert wird, dass ein Umdenken stattfinden muss und dass neue Wege eingeschlagen werden müssen. Sie danken dem Gemeinderat für die fundierte Prüfung des Postulats und werden es einstimmig annehmen und abschreiben.

Barbara Lehmann Rickli (FDP) dankt dem Gemeinderat für die Bearbeitung und Beantwortung von diesem umfassenden Postulat. Aufgrund der enormen Komplexität und Vielschichtigkeit scheint die Antwort unbefriedigend. Im Gegenteil, beim Lesen der Antwort haben sich in der FDP Fragen gestellt, die teilweise auch Sorgen aufleben lassen. Herrscht ein Notfall oder gar eine Katastrophe, ist jeder einzelne gefragt und muss seinen Beitrag leisten. Das bedeutet Verzicht in diversen Belangen. Entsprechende Massnahmen können zum Beispiel sein: ein Verbot der Nutzung von gewissen Geräten, eine Kontingentierung oder das zyklische Abschalten. Sie fragt sich, ob sich dessen jedermann im Klaren ist. Die FDP ist sich bewusst, dass es diesbezüglich an jedem Einzelnen ist, sich um solche Informationen zu kümmern. Dennoch wäre es sinnvoll, wenn die Stadt Thun ihre Bevölkerung in diesen Bereichen aufsuchender informieren würde. Der Gemeinderat erläutert auch, dass kurzfristig, unter 36 Stunden, Reserven an Strom und Treibstoff zur Verfügung stehen werden. Ansonsten ist aber stets die Rede von Lösungen bis zum Jahr 2050. Strom ist aber essenziell. Sie fragt sich, wie sich der Gemeinderat die Versorgung in einer langfristigen Krise vorstellt

und wie die Winterversorgung in den nächsten Jahren gesichert wird. Diverse Verträge mit Grossverteilern und Grossbetrieben und der Spital STS AG sollen beruhigen. Dies tut es aber nicht. Sie fragt sich, ob es eine Garantie gibt, dass diese Betriebe ihrerseits keine Ausfälle haben und ihre vertraglichen Verpflichtungen nachkommen können. Dennoch möchte sie keine Angst scheuren, bittet aber den Gemeinderat, sich bewusst zu sein, dass sich die Bevölkerung berechnete Fragen stellt, sich Sorgen macht und teilweise auch Angst hat. Aus der Antwort des Gemeinderates ist aber durchaus erkennbar, dass ihm die Problematik der Versorgung in Notzeiten bewusst ist und er aktiv daran arbeitet. In der Hoffnung, dass das so bleibt, wird die FDP das Postulat annehmen, weil die Fragen aber sehr wichtig sind, nicht abschreiben.

Gemeinderat Peter Siegenthaler macht Ausführungen zu zwei Aspekten und hält fest, dass er nachvollziehen kann, dass die Antwort zum Teil unvollständig erscheint. Vor einigen Tagen hat er die Mail erhalten, dass die periodische Schutzraumkontrolle, die gerade durchgeführt wurde, abgeschlossen ist und dass für die Bewohnerinnen und Bewohner von Thun bis auf 539 Personen ein Schutzraum zugewiesen werden kann. Sie sind am Erarbeiten der weiteren Konzepte und Anfang 2023 werden dem Gemeinderat die entsprechenden Anträge zur Kommunikation gestellt. Sie sind somit deutlich weiter, als aus der Antwort zu diesem umfassenden Vorstoss, der nicht nur die Stadt Thun, sondern auch den Kanton und den Bund betrifft, ersichtlich ist. Sie haben nach bestem Wissen und Gewissen versucht, alle Informationen zu einer vertraglichen Antwort zusammenzutragen. Das Resultat wird von den meisten Stadtratsmitgliedern gewürdigt und er hat Verständnis für die, denen die Antwort zu wenig konkret ist. Zum regionalen Führungsorgan, das auch eine beratende Funktion für den Gemeinderat und seine Entscheidungen hat, führt er aus, dass noch im Monat Mai 2022 im Zusammenhang mit dem Strommangel-Thema ein Ausbildungstag stattfinden wird. Einen halben Tag wird es um die Strom-Mangellage gehen, wobei dem Gemeinderat Erkenntnisse weitergegeben werden, wie seine Entscheide in diesem Geschäft aussehen müssten. Sie versuchen sich in diesen Prozessen aktuell zu halten und den Gemeinderat entsprechend zu beraten. Es kann davon ausgegangen werden, dass diese beiden Aspekte bearbeitet werden, unabhängig davon, ob der Vorstoss abgeschrieben wird oder nicht.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, dankt für die nachträglich ausgeführten Informationen bezüglich der Schutzraumzuweisung. Er betont, dass der Bericht nicht komplett nicht gewürdigt wurde, sondern dass lediglich eine gewisse Unsicherheit besteht. Zur Aussage von Stadträtin Alice Kropf wiederholt er, dass das RFO gute Arbeit leistet und dass die SVP-Fraktion keinen Einfluss auf die Aktivitäten der Wirtschaftsverbände hat.

Stadtratsbeschluss

Der Rat nimmt das Postulat einstimmig an und schreibt es mit 24 zu 12 Stimmen ab.

44. Postulat P 2/2022 betreffend Einsetzung eines Jugendparlamentes (Jugendpostulat)

Jugendpostulat von Dominik Jaggi (Erstunterzeichner) und Ronja Grieder (Zweitunterzeichnerin) sowie 43 weiteren Mitunterzeichnenden vom 16. Februar 2022; Beantwortung

Der Stadtpräsident betont, dass der Gemeinderat an diesem Vorstoss grosse Freude hat, nicht nur wegen dem Inhalt, sondern auch weil das Instrument des Jugendvorstosses genutzt wird. Der Gemeinderat ist überzeugt, das Postulat weiter zu prüfen und ist gespannt auf die Ausführungen der Vorstösser.

Dominik Jaggi findet es eine grosse Ehre, heute an der Sitzung dabei sein zu dürfen und während der Diskussion zu diesem Postulat die Jugend zu vertreten. Er dankt Angel Okaside, Präsident des Jupa Kanton Bern, Ronja Grieder und den 43 Mitunterzeichnenden für die tatkräftige Unterstützung. Ein Jugendparlament ist ihnen ein grosses Anliegen. Sie möchten mit dem Vorstoss die Jugend für die Politik motivieren und so zu einer modernen Stadt beitragen. Diese Ziele möchten sie erreichen durch das Erarbeiten von sinnvollen Jugendvorstössen, durch die Gründung eines Beirates, der die Jugend unterstützt, und durch coole Politikevents. Sie rechnen mit einem effizienten und kostengünstigen Parlament und kalkulieren mit

3'000 Franken pro Jahr. Den Vorstössern ist es ein Anliegen, das Parlament so effizient und wirksam wie möglich zu gestalten. Er dankt dem Stadtrat für eine positive Annahme und dafür, dass ihnen die Möglichkeit gegeben wird, die Jugend noch stärker für die Politik zu motivieren.

Alice Kropf, **SP-Fraktion**, schliesst sich der Freude des Gemeinderates an und ist hoch erfreut über das Engagement der Postulant*Innen und auch über die positive Aufnahme im Gemeinderat. Das Argument der Postulant*Innen bezüglich einem Jugendparlament teilt die Fraktion. Mehr und stärkere politische Partizipationsmöglichkeiten der Jugendlichen tragen dazu bei, dass den Jugendlichen mehr Gehör verschafft werden kann, ihre Anliegen mehr Gewicht bekommen und ernster genommen werden. Mehr Partizipation führt auch zu mehr Identifikation mit unserer Stadt und bildet die Chance, dass sich die Jugendlichen auch im Erwachsenenalter politisch einbringen. Die Schaffung eines Jugendparlaments ist somit auch eine Investition in die Zukunft und darf etwas kosten. Der Ansatz des Gemeinderats in der konkreten Ausgestaltung eines Thuner Jugendparlaments die Jugendlichen miteinzubeziehen, finden sie richtig und wichtig. Wie bereits gehört, wurde schon viel Vorarbeit geleistet. Die Fraktion nimmt das Postulat an.

Valentin Borter, **SVP-Fraktion**, begrüsst insbesondere die Vorstösser mit dem Zitat "Nicht nur lafern, sondern auch liefern". In den letzten Jahren gingen viele junge Leute auf die Strasse, um zu demonstrieren. Zur politischen Arbeit gehört aber mehr, als nur laut herumzuschreien. Es geht darum, Vorlagen zu schreiben, Kompromisse zu finden, Dossiers zu lesen und darum, die relevanten Aktivitäten in der Politlandschaft zu analysieren und gestützt darauf Vorstösse zu generieren. Die Fraktion begrüsst die Pläne der Vorstösser, die sich aktiv an der Politik beteiligen wollen. Er war erfreut darüber, dass der Vorstösser Dominik Jaggi sich und den Vorstoss an der Fraktionssitzung vorgestellt hat, denn die Fraktion war nicht von Beginn an über das Postulat begeistert. Als die Vorstösser ihre Pläne aber vorgestellt haben und erklärt haben, wie sie vorgehen möchten, ist die Fraktion schnell zum Schluss gekommen, dass das eine gute Idee ist für unsere Stadt. Im Bereich der Demokratie gilt es etwas zu unternehmen, denn auch die Wahlbeteiligung der jungen Bevölkerung ist sehr tief. Mit einem Jugendparlament kann ein guter Beitrag geleistet werden. Es wurde versichert, dass die Postulanten einen grossen Anteil selber machen möchten. Natürlich werden sie die Hilfe von der Stadt brauchen, beispielsweise um geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen und um eine finanzielle Unterstützung, die die Fraktion als verhältnismässig beurteilt. Dennoch möchten die Postulanten selber walten können. Die Fraktion stimmt dem Postulat einstimmig zu und freut sich auf die Zusammenarbeit, bei welcher alle gefordert sein werden.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion glp/EVP/EDU**, hält fest, dass die Fraktion für den Einbezug der Jungen ist. Das vorhandene Interesse darf nicht abgewürgt werden, insbesondere weil die politischen Ämter mehrheitlich durch ältere Semester belegt werden. Die Fraktion ist stolz auf die Möglichkeit des Jugendvorstosses. Bei aller Sympathie, ist der Fraktion aber wichtig, dass das Jugendparlament in seiner Ausgestaltung nachhaltig sein muss. Gemeint ist, dass nicht nur die heute engagierten Jugendlichen einbezogen werden, sondern auch überlegt wird, wie die Jugendlichen von morgen erreicht werden können. Ein allfälliger Pilotversuch würde dazu beitragen, dass nicht unnötige Mittel und Zeit investiert werden, bevor die Bedürfnisse und das Engagement erkannt wird. Allenfalls wäre ein regionales Gefäss auch eine bessere Lösung. Dennoch gilt es kritisch zu bleiben und als Partei die jungen Leute einzubeziehen und ihnen echte Chancen zu geben, in politische Ämter hineinzukommen. Regulatorien werden das Problem nicht lösen. Die Schwelle für das Jugendparlament gilt es tief zu halten. Übermässige Strukturen und zu viel Bürokratie werden dem Ziel nicht dienen. Jugendliche ziehen weiter und vielleicht ist ein projektspezifisches Arbeiten zielführender. Die Fraktion ist für die Annahme des Vorstosses.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne/JG**, betont, dass das Herz der Fraktionsmitglieder für diesen Vorstoss schlägt. Die Fraktion wird den Vorstoss mit Enthusiasmus unterstützen. Demokratie ist in der heutigen Zeit kein Selbstläufer mehr. Bestehende Demokratien geraten an den Rand ihrer Existenz und auch unsere Demokratien hat Veränderungen und Innovation dringend nötig. Insbesondere gilt es in die Jugend zu investieren, was wahrscheinlich die nachhaltigste Investition ist. Bereits vor 25 Jahren war der Stadtrat fast einstimmig bei vier Gegenstimmen für ein Jugendparlament. Das Kostenargument ist beim genannten

Betrag von 3'000 Franken definitiv vom Tisch. Es geht um die Teilnahme und um das Mitmachen am demokratischen Prozess. Es ist die ideale Vorlage und die Stadt Thun kann nur profitieren.

Alois Studerus, **Die Mitte-Fraktion**, sagt, dass die Fraktion dem Antrag des Gemeinderats einstimmig folgen wird. Er äussert den Wunsch, das Jugendparlament möglichst nachhaltig zu gestalten und aufrecht-erhalten zu erhalten.

Barbara Lehmann Rickli (FDP) hält fest, dass mit einem Jugendparlament dem Legislaturziel 2 «Beteiligung aller Generationen» nähergekommen wird. Parallel gilt es daher auch daran zu denken, den Seniorenrat wieder aufleben zu lassen. Die Jugendlichen werden bereits heute für gewisse Einzelprojekte einbezogen, was gut und sinnvoll ist, weil sie von den Massnahmen auch betroffen sind und zum Teil gute und unkonventionelle Ideen einbringen. Ein Jugendparlament hingegen ist ein Dauerauftrag. Sie fragt sich, ob die Jugendlichen die Ausdauer haben über längere Zeit und ob sie akzeptieren können, dass die Ergebnisse aus ihren Sessionen nur konsultativen Charakter haben werden. Auch die Zusammensetzung des Jugendparlaments gilt es zu beachten. Eine paritätische Vertretung gilt es anzustreben. Für die Vorlage spricht, dass die Jungen zeigen sollen, was sie können und zu allem bereit sind. Sie wollen und sollen viel selber machen. Dennoch werden selbstverständlich Hilfestellungen für die engagierten Jugendlichen nötig sein. Dabei möchten sie von der FDP auch mithelfen und sind bereit, das Postulat anzunehmen.

Dominik Jaggi ist erfreut über die positive Rückmeldung und die breite Unterstützung. Mit viel Motivation und Durchhaltevermögen werden sie das Jugendparlament angehen. Sie freuen sich sehr auf eine tolle und vor allem nachhaltige Zusammenarbeit.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich.

Der Stadtratspräsident gratuliert dem Vorstösser Dominik Jaggi zu seinem guten Votum und ermuntert ihn, so weiterzufahren.

45. Postulat P 18/2021 betreffend autofreie Sonntage

Fraktion Grüne/JG, Fraktion SP, Nicole Krenger (glp), Nicolas Glauser (glp) und Daniela Huber Notter (Die Mitte) vom 17. Dezember 2021; Beantwortung

Gemeinderätin Andrea de Meuron erlaubt sich einige einleitende Bemerkungen zu diesem Geschäft. Der Vorstoss verlangt autofreie Sonntage. Die Bedeutung des motorisierten Verkehrs für unser Klima ist gross. Aus dem Grundlagenbericht zur Klimastrategie geht hervor, dass der motorisierte Verkehr hauptverantwortlich für die CO₂-Emissionen ist und dass auch in der Stadt Thun der Anteil des motorisierten Verkehrs gestiegen ist. Umso wichtiger ist es, zu sensibilisieren und Alternativen zum motorisierten Verkehr aufzuzeigen. Genau hier setzt dieses Postulat an und zeigt noch weitere Gründe auf, wieso autofreie Sonntage wichtig sind. Der Gemeinderat drückt mit seinem Antrag auf Annahme seine Haltung aus und dass er sich diesen Argumenten anschliesst. Gleichwohl ist wichtig, gewisse Erwartungen zu reduzieren. Verlangt werden beispielsweise konkret vier autofreie Sonntage und es handelt sich um einen Prüfauftrag. Sie können nicht garantieren, dass, sollte das Postulat angenommen werden, auch tatsächlich vier autofreie Sonntage möglich gemacht werden. Um Ängste zu minimieren erklärt sie, wie der Gemeinderat im Falle einer Annahme vorgegangen wird. Der Gemeinderat würde nicht bestimmen, welche Strassen wann gesperrt werden. Wichtig ist, dass die Quartiere für solche Events einbezogen werden. Es hat bereits Sonntage gegeben, an welchen einige Strassen gesperrt wurden. Solche Anlässe, die von den Quartierleuten organisiert werden, finden aber heute nicht mehr bzw. selten statt, weil es zu aufwendig wurde, eine Strassensperre zu organisieren und zu bezahlen. Genau dort möchte der Gemeinderat ansetzen und die Quartiere unterstützen. Die Unterstützung könnte ähnlich aussehen wie beispielsweise die Aktivitäten der Stadt Thun zum nationalen Tag der Nachbarschaft vom 20. Mai 2022. Der Gemeinderat würde prüfen, welche

Quartiere an autofreien Sonntagen interessiert sind. Es könnte sein, dass, wie beispielsweise die Stadt Winterthur, in der Zeit der europäischen Woche der nachhaltigen Mobilität ein Klimatag organisiert wird, bei welchem die interessierten Quartiere einen autofreien Sonntag lancieren können.

Michelle Marbach, **Fraktion Grüne/JG**, dankt dem Gemeinderat für die ausführliche Antwort und Übersicht von anderen Städten. Sie freuen sich sehr, dass der Gemeinderat das Anliegen anerkennt. Sie stellt sich einen autofreien Sonntag entspannt und schön vor. Mit der Forderung nach autofreien Sonntagen möchten sie dazu anregen, Gewohnheiten zu durchbrechen und Anreize für nachhaltigere Mobilität zu schaffen. Es geht aber nicht primär darum, das Auto zu verbieten. Sie möchten bei der Thuner Bevölkerung die Lust und Freude wecken, den Strassenraum für sich einzunehmen, sei dies durch Gespräche mit Freunden und Nachbarn, durch Bewegung, um etwas zu essen und zu trinken oder um zu spielen. Es sollen Tage sein von und für die Bevölkerung und es geht darum, vor der Haustüre Freiräume zu schaffen. Damit das passiert, ist zentral, dass die Bevölkerung dies mitträgt und mitgestaltet. Daher ist es absolut sinnvoll, den Ansatz mit den Quartieren weiterzuverfolgen und, sollte das Postulat angenommen werden, mit den Quartierleuten zusammen zu arbeiten. Die Zusammenarbeit mit der Bevölkerung, den Quartierleuten und vielleicht den Verkehrsverbänden ist nicht nur wichtig für die breite Abstützung, sondern wäre auch ein wichtiger Faktor um die Umsetzung zu vereinfachen und die Kosten im Rahmen zu halten. Mit autofreien Sonntagen, soll die Thuner Bevölkerung die Strassen, die normalerweise vom Verkehr beschlagnahmt werden, für sich einnehmen können. Es geht lediglich um vier Tage pro Jahr. Im Vordergrund steht nicht der Verzicht, sondern der Gewinn durch die Entschleunigung und das langsame Unterwegssein. Sie ist gespannt auf die Voten und freut sich, über alle, die bereit sind, die autofreien Sonntage in Thun zu ermöglichen.

Daniela Huber Notter (Die Mitte) dankt dem Gemeinderat für die ausführliche Beantwortung und gute Aufnahme und betont, dass sie mit Enthusiasmus mitgeholfen hat, das Postulat zu erarbeiten. Als Befürworterin für den Langsam- und Fussgängerverkehr könnten sie die Bevölkerung mit dieser Idee auf die Sensibilisierungskampagne vom Klima aufmerksam machen. Je weniger unnötiger privater motorisierter Verkehr stattfinden würde, umso mehr würde sich das Gewerbe freuen über weniger Stau. Beim Lesen der Antwort des Gemeinderates musste sie sich aber auch eingestehen, dass sie hätte wissen müssen, dass das Sperren von Kantonsstrassen nicht in den Zuständigkeitsbereich der Stadt Thun gehört. 2021 waren 6.3 Millionen motorisierte Strassenfahrzeuge in der Schweiz registriert. 1980 waren es lediglich rund 3.5 Millionen motorisierte Strassenfahrzeuge in der Schweiz immatrikuliert. Der Gemeinderat würde die Quartiere bei solchen Events gerne unterstützen. Sie hofft, mit ihrem Votum ihre Fraktionskollegen zu einer gemeinsamen Annahme des Postulats bewegen zu können.

Nicolas Glauser, **Fraktion glp/EVP/EDU**, betont, dass auch ein unerwartetes, spezielles Erlebnis, eindruckliche und positive Folgen haben kann. Er ist überzeugt, dass ein autofreier Sonntag auch für Autofahrer ein eindruckliches Erlebnis sein kann, wenn auf denselben Strassen, die täglich mit dem Auto befahren werden, ein Event stattfindet. Nebst dem neuen Erlebnis auf der Thuner Strassenlandschaft erhoffen sie sich, auch weitere langanhaltende positive Effekte. Als Hauptprobe für autofreie Sonntage wurden beispielsweise bei grossen Sportanlässen bereits ab und zu Strassen gesperrt. Somit wären autofreie Tage eine Gelegenheit, auch nicht Sporttreibenden ein ähnliches Erlebnis zu bieten. Als erste Fördermassnahme wurde die Unterstützung durch Gebührenreduktion oder -erlass für eine entsprechende Bewilligung, angesprochen. Die Fraktion dankt dem Gemeinderat für die positive Aufnahme und freut sich auf die konkreten Umsetzungen.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, fragt sich, ob der Vorstoss auf der richtigen Stufe eingereicht wurde. Autofreie Sonntage kann die nationale und teilweise die kantonale Stufe beschliessen und bewilligen. Während der Pandemie sind neben den Outdooraktivitäten auch die Immatrikulationen der motorisierten Fahrzeuge massiv angestiegen. Die Wirkung für das eigentliche Anliegen, für den Klimaschutz, ist definitiv nicht gegeben. Hier gäbe es andere grosse Projekte im Kanton Bern, die vorangetrieben werden müssten. Projekte, die leider von denen, die nachhaltige Energie fördern, blockiert werden. Bei diesem Vorstoss

handelt es sich, seiner Meinung nach, um reine Schikahne ohne Wirkung. Der Entscheid von autofreien Sonntagen kann nicht auf der Stufe des Gemeinderates erreicht werden und daher fragt er den Gemeinderat, ob dieser in Zukunft für irgendwelche Anlässe Quartierstrassen temporär sperren möchte, wie bisher. Mehr sei ja nicht möglich. Wenn dem so sei, ändert sich aufgrund dieses Postulats daher gar nichts. Der Fraktion ist wichtig, dass keine Freiheiten, die nichts mit der Ursache des Problems zu tun haben, beschnitten werden. Aus diesen Gründen lehnt die Fraktion das Postulat einstimmig ab.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die ausführliche Antwort, aus welcher viele Botschaften ersichtlich sind. Erfreulich wäre, wenn die SVP bei der Versorgungssicherheit auch an Einsparungen denken würde in Bezug auf Energie, die verpufft wird, und auch autofreie Sonntage ins Konzept einbeziehen würde. Es ist ein Unterschied, sich an die Stadt zu wenden mit der Idee eines Quartierfestes, wenn klar ist, dass man auf offene Ohren stossen wird und der Gemeinderat mit den Behörden eine Lösung finden wird, um den vorgesehenen Anlass mit autofreien Strassen durchführen zu können. Mit der entsprechenden Kommunikation können alle Betroffenen rechtzeitig informiert werden, damit sie sich entsprechend organisieren können. Dasselbe gilt beispielsweise bei Strassensperrungen aufgrund von Baustellen. Es ist ein Unterschied, ob der Bürger beim Gemeinderat mit offenen Armen empfangen wird oder ob er befürchten muss, dass sein Anliegen sowieso nicht durchgeführt werden kann. Es ist zudem ein Unterschied, wenn ein neues Vorstandsmitglied eines Quartierleistes weiss, dass die Stadt Thun bei gewissen Ideen mitwirken wird. Es gibt auch zahlreiche andere Vereine. In den Augen der Fraktion wäre es ein wichtiges Signal, dass der Stadtrat das Postulat überweist und den autofreien Sonntagen eine Chance gibt.

Barbara Lehmann Rickli (FDP) betont, dass es sinnvoll ist, den Leuten wieder einmal ins Bewusstsein zu rufen, dass es auch ohne Auto, Taxi oder Bus geht und fördert das ökologische Verhalten. Ökonomisch und touristisch stellt sich aber die Frage, wie sinnvoll ein autofreier Sonntag wirklich ist. Sie denkt beispielsweise an ein Taxiunternehmen, dass an solchen Tagen weniger Einnahmen generieren kann oder an ein Restaurant, das von Leuten, die ihr Quartier nicht mehr verlassen können, nicht besucht werden kann. Ausserdem gibt es Personen, die auch an Sonntagen auf ihre Privatfahrzeuge angewiesen sind und aus dem Wohnquartier herausfahren müssen, wie beispielsweise Ärzte oder Handwerker, die Notfall- respektive Pikettdienst haben. Wie der Gemeinderat zutreffend erläutert hat, ist es ihm gar nicht möglich, ein flächendeckender autofreier Sonntag einzuführen. Sie fragt sich, was das Ziel einer solchen Massnahme genau ist. Möglicherweise lässt sich aus der Antwort auch erkennen, dass es nicht zwingend ein Sonntag sein muss. Dies würde der Tourismusbranche mehr Schaden zufügen als ein anderer Tag. Das gut gemeinte Vorhaben scheint nicht zielführend. Dem Klima wird dadurch wenig geholfen. Es wird nur der Eindruck erweckt, dass die Stadt Thun lediglich eine Form der Freizeitgestaltung finanziert. Aus diesen Gründen lehnt die FDP das Postulat ab.

Reto Schertenleib (SVP) zieht den Vergleich zur Debatte zu seinem Vorstoss betreffend Vandalismus, als ihm vorgeworfen wurde, dass er Polarisierung betreibe. Er fragt sich, um was es sich bei diesem Vorstoss eigentlich genau handelt. Seiner Meinung nach geht es hier um Symbolpolitik in Reinkultur, die nichts bringt. Gesperrte Strassen führen lediglich zu einer Umfahrung. Umfahrungen sind in der Regel länger, was sicher nicht dem Klima dient. Der Vorstoss diskriminiert die Anspruchsgruppe des motorisierten Individualverkehrs und der Vorstoss ist bevormundend. Ausserdem ist die Aussage von Gemeinderätin Andrea de Meuron auch zutreffend, wenn sie sagt, dass die Quartiere diese Anlässe nicht mehr durchführen, weil sie zu teuer und zu aufwändig sind.

Franz Schori (SP) nimmt Bezug auf das Votum von Stadträtin Barbara Lehmann Rickli und erklärt, dass bei vorgesehenen grösseren Anlässen in der Stadt Thun ein Mitberichtsverfahren ausgelöst wird, unter anderem bei der Feuerwehr Thun. Die Feuerwehr kann somit überprüfen, ob im betroffenen Perimeter Schlüsselpersonen wohnen, die an diesem Tag dringend hinausfahren müssen, und entsprechende Lösungen suchen.

Gemeinderätin Andrea de Meuron nimmt Stellung zur Frage, wie der Gemeinderat diesen Vorstoss umzusetzen versucht. Sie wiederholt, dass bereits heute Gemeindestrassen durch einen entsprechenden Antrag gesperrt werden können. Mit der Überweisung dieses Vorstosses entsteht der Unterschied, dass die Stadt Thun solche Anlässe unterstützt. In welcher Form diese Unterstützung erfolgt, ist noch offen. Es kann sein, dass die Quartiere für sich autofreie Sonntage definieren oder dass die Stadt Thun an einem Tag mit allen Quartieren die wollen einen autofreien Sonntag durchführt. Sie denkt an eine ähnliche Form der Unterstützung wie beim Tag der Nachbarschaft, bei welchem die Stadt Thun die Bevölkerung mit Plakaten aufmerksam macht. Ausserdem möchte sie präzisieren, dass ihr Quartierfest immer noch durchgeführt wird, lediglich nicht mehr auf der Strasse, sondern auf dem Schulareal.

Michelle Marbach, **Fraktion Grüne/JG**, betont, dass sie in ihrem Votum nicht erwähnt hat, dass sie das Klima und die Welt retten möchte, auch wenn es schön wäre, wenn sie dies könnte. Sie hat probiert darzulegen, dass es ihr nicht darum geht, die Freiheiten zu beschneiden aber es wäre durchaus interessant die andere Perspektive zu betrachten. Denn für alle, die nicht Auto fahren, bedeutet ein autofreier Tag auch mehr Freiheit. Ausserdem hält sie fest, dass es nicht zwingend ein Sonntag sein muss, aber der Sonntag sich bewährt hat. Sie freut sich über jeden, der den Vorstoss unterstützt und sie möchte niemandem seine Freiheiten beschneiden.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat mit 24 zu 12 Stimmen als erheblich.

46. Fragestunde F 7/2022 betreffend gastronomische Nutzung der Schadaugärtnerei; Fraktion glp/EVP/EDU vom 10. Mai 2022; Beantwortung

Die Fragestunde F 7/2022 wird schriftlich beantwortet.

47. Fragestunde F 8/2022 betreffend Vorgehen Optimierung der Führungsorganisation Volksschule; Valentin Borter (SVP), Philipp Deriaz (SVP) und Fraktion SVP vom 10. Mai 2022, Beantwortung

Die Fragestunde F 8/2022 wird schriftlich beantwortet.

48. Fragestunde F 9/2022 betreffend Solidaritätsaktion Ukraine; Valentin Borter (SVP), Philipp Deriaz (SVP) und Fraktion SVP vom 10. Mai 2022; Beantwortung

Die Fragestunde F 9/2022 wird schriftlich beantwortet.

49. Motion M 2/2022 betreffend Schulkommission/Anpassung Bildungsreglement (BiR); Valentin Borter (SVP), Reto Schertenleib (SVP), Mark van Wijk (FDP), Barbara Lehmann Rickli (FDP), Nicolas Glauser (GLP), Manfred Locher (EDU), Roland Wyss (Die Mitte); Dringlichkeitsbeschluss

Valentin Borter (SVP) betont, dass der vom Gemeinderat vorgesehene Zeitplan unbedingt eine Dringlichkeit bedarf.

Der Stadtpräsident spricht sich im Namen des Gemeinderates gegen eine Dringlichkeit aus. Vorliegend sind Modellvorschläge enthalten, zu welchen der Gemeinderat keine Stellung beziehen kann, weil sie dem Gemeinderat nicht bekannt sind. Müsste er an der übernächsten Sitzung eine Antwort vorlegen, kennen sie das andere Geschäft gar nicht. Dennoch betont er ausdrücklich, dass sie die konkreten Vorschläge würdigen und dass diese Vorschläge gut eingebracht werden können. Vom Prozess her wird es aber schwierig, einen Vorstoss zu beantworten, bei welchem der andere Prozess noch gar nicht soweit ist, dass

der Gemeinderat formell von den Varianten Kenntnis hat. Daher hat sich der Gemeinderat gegen die Dringlichkeit ausgesprochen. Ausdrücklich möchte er festhalten, dass der Gemeinderat keine Meinung zum Inhalt hat.

Der Rat nimmt die Dringlichkeit mit 18 zu 16 Stimmen, bei zwei Enthaltungen an.

50. Postulat P 11/2022 betreffend Beschleunigungsverfahren von Baubewilligungsverfahren bei Ersatz von Gas- und Ölheizungen durch solche mit alternativen Energiequellen; Reto Schertenleib (SVP), SVP-Fraktion; Dringlichkeitsbeschluss

Reto Schertenleib, **SVP-Fraktion**, ermahnt, dass der Winter bald wieder kommen wird und es deshalb keinen Sinn macht, die Dringlichkeit dieses Postulats nicht zu unterstützen.

Der Rat nimmt die Dringlichkeit grossmehrheitlich an.

51. Postulat P 12/2022 betreffend biodiversifizierte Wiederherstellung des «Frutigen – Seefeldstrasse - Pärklis»; Fraktion Grüne/JG, SP-Fraktion, Fraktion glp/EVP/EDU; Dringlichkeitsbeschluss

Marc Barben, **Fraktion Grüne/JG**, erklärt, dass das Pärkli momentan als Installationsplatz gebraucht und sie möchten nicht zu spät sein, die künftige Nutzung frühzeitig zu planen.

Der Stadtpräsident hält fest, dass das Postulat an sich nicht dringlich zu beantworten ist, weil der Installationsplatz sicher bis Sommer 2023 bestehen bleibt. Inhaltlich erklärt er, dass der Gemeinderat die Forderung, die der Antrag stellt, befürwortet. Hier könnte der Gemeinderat also eine kurze Antwort vorlegen oder die Vorstösse erwägen heute, den Vorstoss aus Effizienzgründen zurückzuziehen. Er erklärt, dass die Forderung berechtigt ist und sie die Forderung im Sinne des Antrages umsetzen werden. Wird das Geschäft nicht zurückgezogen, wird der Gemeinderat eine positive, aber sehr kurze Antwort vorlegen.

Marc Barben, **Fraktion Grüne/JG**, hat die verbindliche Antwort des Stadtpräsidenten gehört und möchte die Ressourcen der Verwaltung schonen. Er fände es aber schön, wenn das Vorhaben auch in der SAKO eingebracht wird. Als Input stellt er die Frage, ob dieser Park einen Namen hat und falls nicht, ob der Park bei einer Wiederherstellung benannt werden könnte. Die Urheberschaft zieht das Postulat zurück.

Mitteilungen

Der Stadtratssekretar informiert darüber, dass an der Präsidienkonferenz über das Handling der Vorstösse diskutiert wurde. Während der Coronapandemie wurden die Vorstösse ohne Unterschriften vor der Stadtratssitzung per Mail eingereicht. Am ursprünglichen Vorgehen, wie es vor der Pandemie gehandhabt wurde, wird grundsätzlich nicht viel geändert. Die Vorstösse werden an der Sitzung wieder unterschrieben eingereicht. Sie werden aber erst am nächsten Tag per Mail verschickt und dann im Internet aufgeschaltet und nicht mehr kopiert und ausgehändigt. So kann etwas Hektik und Unruhe aus der Sitzung genommen werden.

Der Stadtratspräsident teilt mit, dass seine Feier zur Wahl als Stadtratspräsident, zu welcher alle Stadträte und der Gemeinderat eingeladen sind, am 1. September 2022 im Anschluss an die Stadtratssitzung stattfindet. Er schliesst die Sitzung und wünscht einen schönen Abend.

Eingänge

- Dringliche Motion M 2/2022 betreffend Schulkommission/Anpassung Bildungsreglement (BiR); Valentin Borter (SVP), Reto Schertenleib (SVP), Mark van Wijk (FDP), Barbara Lehmann Rickli (FDP),

Nicolas Glauser (GLP), Manfred Locher (EDU), Roland Wyss (Die Mitte), Alois Studerus (Die Mitte) vom 12. Mai 2022

- Dringliches Postulat P 11/2022 betreffend Beschleunigungsverfahren von Baubewilligungsverfahren bei Ersatz von Gas- und Ölheizungen durch solche mit alternativen Energiequellen; Reto Schertenleib (SVP), SVP-Fraktion vom 12. Mai 2022
- Postulat P 12/2022 betreffend biodiversifizierte Wiederherstellung des «Frutigen – Seefeldstrasse - Pärklis»; Fraktion Grüne/JG, SP-Fraktion, Fraktion glp/EVP/EDU vom 12. Mai 2022. *Dieser Vorstoss wurde nach Erklärung des Stadtpräsidenten durch die Urheber wieder zurückgezogen.*
- Postulat P 13/2022 betreffend Verhinderung von Behinderung — Stärkung von Teilhabe; Fraktion glp/EVP/EDU, SP-Fraktion und Fraktion Grüne/JG vom 12. Mai 2022
- Postulat P 14/2022 betreffend Konzept «Tempo 30 im Siedlungsgebiet» von Thun; SP-Fraktion, Fraktion glp/EVP/EDU, Fraktion Grüne/JG und Mitunterzeichnende vom 12. Mai 2022
- Postulat P 15/2022 betreffend Prüfung des Einsatzes von Eurokey Schlössern für Behindertentoiletten und weitere Anlagen in Thun; SP-Fraktion, Fraktion glp/EVP/EDU, Fraktion Grüne/JG und Mitunterzeichnende vom 12. Mai 2022
- Interpellation I 5/2022 betreffend Begrifflichkeiten Kadetten [sic!]; Alice Kropf (SP); SP-Fraktion vom 12. Mai 2022
- Interpellation I 6/2022 betreffend Massnahmen zur Verkehrsberuhigung in den 30 Zonen und Einhaltung des Zubringers; Martin Allemann (SP), Jonas Baumann (EVP) vom 11. Mai 2022
- Interpellation I 7/2022 betreffend Energiesparen in Thun; Adrian Christen (SP) und Mitunterzeichnende vom 12. Mai 2022

Der Stadtratspräsident


Martin Allemann

Der Stadtratssekretär


Christoph Stalder